



Wollen Sie „diese Insel“ wirklich löschen?

Dieses Objekt wird sofort gelöscht. Diese Aktion kann nicht widerrufen werden.

Abbrechen

Löschen

Klima schützen

Klima schützen

Deutschland hat enormes Potenzial, um den Klimaschutz voranzutreiben. Zu Hause und in aller Welt. Die Zukunftsbranche der erneuerbaren Energien wächst rasant. Gleichzeitig wächst weltweit die Bedrohung unseres Klimas. Gleichzeitig werden viele Chancen verschenkt: Die Bundesregierung setzt nicht konsequent und energisch auf Klimaschutz. Sie macht zu viele Verbeugungen vor den Interessen der großen Stromkonzerne und der energieintensiven Industrie.

Dabei ist längst hinreichend bekannt: Die Folgen des Klimawandels bedrohen unseren Planeten. Steigende Meeresspiegel, Stürme, Überschwemmungen und Dürren zerstören Lebensgrundlagen. Die Folgen treffen vor allem die ärmsten Länder und die ärmsten Menschen.

Um 0,8 Grad sind die globalen Temperaturen im Vergleich zu den Jahren vor der Industrialisierung bereits angestiegen. Und sie werden aufgrund der jetzigen Konzentration an Klimagasen in der Atmosphäre um weitere 0,6 Grad steigen. Rasches Handeln ist also notwendig, um die Erderwärmung zu begrenzen. Spätestens wenn die Erwärmung 2 Grad erreicht, wären die Folgen kaum mehr beherrschbar. Deshalb müssen wir die globale Erwärmung so niedrig wie möglich halten.

Wie kann das gelingen? Worauf kommt es an? Was muss politisch geschehen? Was muss gefördert und was verhindert werden? Und was kann jede und jeder Einzelne tun? **Darum geht es in dieser Broschüre.**



Klimagipfel in Cancún: Der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger gibt bei einer Demonstration von »Friends of the Earth« einem Reporter Auskunft.

Die halbherzige Energiewende

Im März gingen acht deutsche Atomkraftwerke vom Netz – ein großer Erfolg für die Umweltbewegung. Die Regierung hat nach der Atomkatastrophe von Fukushima die Notbremse gezogen und ihren fatalen Beschluss zu längeren Laufzeiten für Atomkraftwerke (AKW) vom Herbst 2010 zurückgenommen.

2022 soll nun das letzte AKW abgeschaltet werden. Neun AKW bleiben am Netz – und damit eine permanente Gefahr. Jederzeit kann es in jedem der AKW zu Unfällen kommen, ausgelöst durch menschliches und technisches Versagen, Naturkatastrophen oder Terroranschläge. Zum Beispiel ist kein deutsches AKW gegen Flugzeugabstürze gesichert.

Der Verbleib des strahlenden Atommülls ist weiter völlig ungelöst. Die Regierung hat sich also nur halbherzig von der Atomkraft verabschiedet.

Schwarz-Gelb bremst

Ein Atomausstieg noch in dieser Legislaturperiode, also bis 2013, wäre technisch machbar – und die Voraussetzung für eine echte ökologische Energiewende.

Die laufenden AKW können durch den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energie, durch Energiesparen und Energieeffizienz »weggespart« werden.

Schwarz-Gelb bleibt aber bei der Förderung des Energiesparens und beim Ausbau der erneuerbaren Energien weit hinter den Erfordernissen einer ökologischen Energiewende zurück. Speziell unsere größte »Energiequelle«, die Minderung des Energieverbrauchs, wird nicht engagiert angegangen: Dazu sind klare Vorgaben für den Verbrauch neuer Geräte notwendig, ein Top-Runner-Programm, Förderprogramme und ein Effizienzfonds.

Die Konzepte liegen seit Jahren auf dem Tisch, doch die Politik verweigert sich bislang dieser Aufgabe. Und bei Sonnen-, Biogas- und Windstrom stellt die Bundesregierung die Weichen falsch: Statt die erforderliche »Energierévolution von unten« tatkräftig zu unterstützen, bevorzugt Schwarz-Gelb weiter die Großinvestoren und will sogar den Neubau von Kohlemeilern fördern. Stattdessen brauchen wir eine Anhebung des Ausbauzieles und Investitionen in einen breiten Energiemix, der von regionalen Anbietern, am besten in Bürgerhand, bedient wird.



Die Zukunft gehört den erneuerbaren Energien

Klimaschutz und Versorgungssicherheit sind nur mit Energie aus erneuerbaren Quellen möglich. Deshalb ist ein schnellerer Ausbau der erneuerbaren Energien notwendig, als von der Bundesregierung geplant. Und wir brauchen einen Umbau der Strukturen unserer Energieversorgung, eine effiziente und dezentrale Energieversorgung.

Wind, Sonne und Biomasse

Die erneuerbaren Energiequellen: Die Windkraft hat in Deutschland das größte Potenzial, sie stellt 40 Prozent der Energie aus Erneuerbaren. Besonders der Ausbau im Süden der Republik hinkt noch deutlich hinterher, weil CDU und CSU viel zu lange dem Atomstrom Vorrang eingeräumt haben. Windkraft an Land könnte bei Nutzung von etwa zwei Prozent der Fläche künftig rund 60 Prozent der Energieerzeugung übernehmen – ohne den Naturschutz zu vernachlässigen und und bei ausreichendem Abstand zur Wohnbebauung. Wir müssen also nicht ausschließlich auf große Windparks im Meer setzen.

Sonnenenergie kann vor allem mittels Photovoltaikanlagen auf Dachflächen direkt vor Ort genutzt werden und wird die zweite tragende Säule unserer künftigen Energieversorgung bleiben. Die Solar-Branche schätzt, dass sie Produktion und Ertrag der Anlagen bis Mitte des nächsten Jahrzehnts so verbessern kann, dass Solarstrom nicht mehr teurer ist als herkömmlicher Strom »aus der Steckdose«.

Energie aus Biomasse wie Holz oder Gülle leistet einen wichtigen Beitrag zur künftigen Energieversorgung, auch weil sie nicht naturgemäßen Schwankungen unterliegt wie Wind- oder Solarkraft. Strenge ökologische Kriterien müssen dafür sorgen, dass die wertvollen nachwachsenden Rohstoffe wesentlich naturverträglicher angebaut und effizienter genutzt werden als bisher – und nicht etwa im Tank von Spritschluckern vergeudet werden. Der BUND spricht sich gegen den Bau neuer Wasserkraftanlagen aus, da dies nicht naturverträglich gewährleistet werden kann. Aus ökologischen Gründen und zum Erhalt der Arten müssen frei fließende Flüsse Vorrang haben.

Dezentrale Stromversorgung

Der BUND engagiert sich für regionale und lokale Energieverbünde, die verbrauchsnahe und effizient organisiert sind. Dezentralität ermöglicht beim Umbau zu einer Energieversorgung aus 100 Prozent Erneuerbaren eine auf den Bedarf zugeschnittene, transparente Planung und vermindert die Eingriffe in die Natur. Denn mit dem Ausbau der Erneuerbaren wird ein Umbau der Übertragungsnetze einhergehen müssen sowie die Entwicklung von Speichertechnologien, um die schwankenden Mengen an regenerativer Energie ausgleichen zu können. Viele kleine Einheiten, in regionalen Netzen verbunden, ermöglichen ein besseres Management von Angebot und Nachfrage, verringern Übertragungsverluste und so den Bedarf an großen Speichern und an neuen Leitungen.

Wenn neuen Stromtrassen gebaut werden, dürfen diese nur der Versorgung aus Erneuerbaren dienen und nicht für Atom- und Kohlestrom genutzt werden.

Mit dem anstehenden Umbau der Energieerzeugung bietet sich die Chance, die monopolisierten Eigentumsstrukturen aufzubrechen. Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern muss bei der Planung und dem Bau neuer An-

lagen beginnen. Die Dezentralisierung der Erzeugung muss mit einer dezentralisierten Eigentums- und Entscheidungsstruktur einhergehen, in der regionale Energie- und Klimaschutzkonzepte umgesetzt werden können. Viele Tausend Menschen haben sich schon jetzt an Windparks, Photovoltaik- oder Biomasseanlagen beteiligt, ob in Genossenschaften, Betreibervereinen oder über Fonds. Wir setzen auf diese neue Vielfalt, auf die Energiewende von unten.

Die Lichter gehen nicht aus.

Die Befürworter der Atom- und Kohleenergie waren gerne, die Lichter in Deutschland würden ausgehen, wenn wir aus der Atomkraft aussteigen und keine neuen Kohlekraftwerke bauen. Mit der Realität hat das nichts zu tun – das hat 2011 gezeigt. Die Lichter brannten auch noch im Mai, als nur vier Atomkraftwerke Strom einspeisten. Und wir exportieren nach wie vor mehr Strom, als wir einführen. In Deutschland gehen nicht die Lichter aus; aber bei einem Faktencheck den Stromkonzernen die Argumente. Mehr Fakten unter: www.bund.net/themen_und_projekte/atomkraft

Keine neuen Kohlemeiler

Die Bundesregierung setzt in der Energiepolitik weiter auch auf Kohlekraft. Doch Kohle und Klimaschutz – das passt nicht zusammen. Kohleverstromung hat viel zu hohe Emissionen.

Gleichwohl: Zehn neue Kohlekraftwerke mit rund elf Gigawatt Leistung sind gegenwärtig im Bau. Durchschnittlich 45 Jahre bleiben solche Kraftwerke am Netz. Jedes einzelne aber wäre eines zu viel – wenn das Ziel der Bundesregierung erreicht werden soll, bis 2050 die Treibhausgase um 80 bis 95 Prozent zu reduzieren. Bei der – klimapolitisch notwendigen – Reduktion um 95 Prozent dürfte die Stromerzeugung dann nur noch etwa 16 Mio. Tonnen CO₂ pro Jahr freisetzen (bei 80 Prozent: 65 Mio. Tonnen) – so der Sachverständigenrat für Umweltfragen. Allein die zehn Kraftwerke, die gegenwärtig gebaut werden, werden aber bereits rund 70 Mio. Tonnen CO₂ pro Jahr ausstoßen. – Und zehn weitere neue Kohlekraftwerke sind noch in Planung.

Wegen der großen Investitionssummen sind Kohlemeiler auf eine hohe Auslastung angewiesen; sie müssen rund um die Uhr Strom absetzen. Das wird in dem Maße schwierig, in dem die erneuerbaren Energien ausgebaut

werden und immer mehr Anteile an der Stromversorgung preisgünstig übernehmen. Deshalb setzt die Kohlelobby jetzt auf staatliche Subventionen – und eine solche Förderung will die Regierung auf den Weg bringen. Hier droht eine massive energiepolitische Fehlentwicklung, wenn Subventionen für neue Kohlekraftwerke nicht klar ausgeschlossen werden. Die Technologie zur Abscheidung und Lagerung von CO₂ unter der Erde, kurz CCS, soll die Kohle wieder salonfähig machen. Doch dieses Verfahren ist riskant und keineswegs klimafreundlich.

Übergangslösung Gas

Bis die vollständige Versorgung aus Erneuerbaren erreicht ist, sind Übergangslösungen notwendig, die strukturell zu den schwankenden Strommengen aus Wind- und Sonnenenergie passen. Dafür kommt ein geringer Zubau von flexiblen Gas- und Dampfkraftwerken möglichst mit Kraft-Wärme-Kopplung in Frage: Sie sind nicht halb so klimaschädlich wie Kohlekraftwerke. Dabei muss der Gasverbrauch insgesamt nicht steigen, wenn zugleich für Wärme der Bedarf sinkt, weil Gebäude besser gedämmt werden.



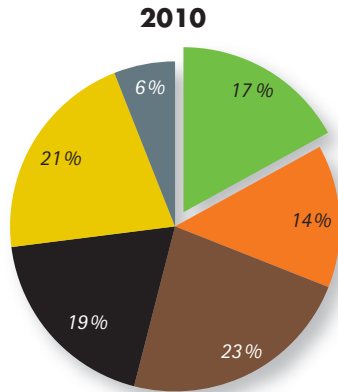
Energie klug nutzen

Die Bundeskanzlerin lässt kaum eine Gelegenheit aus, den effizienten Gebrauch von Energie als Schlüssel für die Energiewende zu bezeichnen. Doch die Bundesregierung nimmt diesen Schlüssel nicht zur Hand. Dabei ist das Potenzial groß: Bis zu zehn Atommeiler ließen sich einsparen, wenn Energie klüger genutzt würde – mit bereits vorhandener Technik, ohne Komfortverlust. Kohlekraftwerke könnten der Vergangenheit angehören, und der Ausbau des Stromnetzes könnte einfacher werden. Der Weg zu einer hundertprozentig erneuerbaren Energieversorgung wäre gebahnt. Unverständlich also, dass Energieeffizienz das Stiefkind der deutschen Energiepolitik ist. Was bedeutet, Energie effizient zu nutzen? Zum Beispiel dies: Lebensmitteln mit wenig Energie zu kühlen, Gebäude mit wenig Energie zu heizen. Ein hocheffizienter Kühlschrank ist teurer als ein Kühlschrank, der viel Energie verbraucht. Gebäude so zu sanieren, dass sie mit geringerem Energieaufwand beheizt werden können, kostet Geld. Doch die Investitionen lohnen: Es werden Energiekosten gespart und das Klima geschützt.

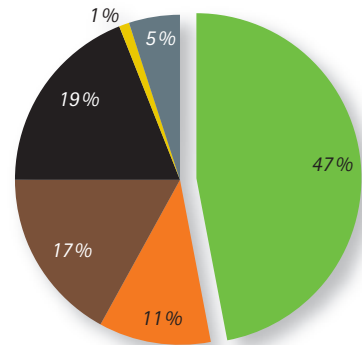
Unternehmen, Vermieter oder Verbraucherinnen und Verbraucher scheuen sich jedoch häufig davor in die Zukunft zu investieren, jetzt Geld auszugeben, um später davon zu profitieren. Wie lässt sich das ändern?

Im Energiekonzept der Bundesregierung ist vorgesehen, bis 2020 den Primärenergie-Verbrauch um zwanzig Prozent und den Stromverbrauch gegenüber 2008 um zehn Prozent zu senken. Allerdings: Diese Ziele sind weder rechtlich bindend, noch macht die Regierung deutlich genug, wie dieses Ziel erreicht werden soll.

Strom-Mix in Deutschland



2020 (Branchenprognose)



Anreize schaffen

Durch Abwrackprämien für die Stromschlucker unter den Kühlschränken, Heizungspumpen oder Industriemotoren könnte die Bundesregierung die Anschaffung effizienterer Modelle erleichtern. Und je häufiger stromsparende Alternativen nachgefragt werden, desto schneller werden sie preisgünstiger und da-

mit Standard. Mit einem gut ausgestatteten Strom-effizienzfonds ließen sich solche und weitere Maßnahmen koordinieren und finanzieren. Der BUND hat hierzu bereits ein Konzept erarbeitet.

Für die Sanierung von Gebäuden gibt es schon Förderprogramme von der KfW-Bank. Die Fördermittel schwanken allerdings je nach Haushaltslage des

Bundes. Investoren brauchen Sicherheit: die Förderprogramme müssen deshalb stabil und gut ausgestaltet werden.

Durchblick ermöglichen

Wer informiert ist, kann vernünftig handeln. Deshalb ist es neben Informations- und Beratungsangeboten zum sparsamen Umgang mit Energie wichtig, dass die Energieversorger verpflichtet werden, ihre Kundinnen und Kunden regelmäßig über ihren Energieverbrauch zu informieren. Und die Energierechnung muss verständlich sein. Mit der Angabe von Vergleichswerten können KundInnen besser einschätzen, ob sie viel Energie verbrauchen oder ob Einsparbemühungen Früchte tragen. Beim Verkauf und der Vermietung von Produkten und Gebäuden muss der absolute Energieverbrauch klar kommuniziert werden, z. B. durch die Ausweisung der Energiekosten, die auf den Kunden zukommen werden.

Gesetzliche Vorgaben machen

Anreize und Transparenz reichen alleine nicht aus. Die Regierung muss durch gesetzliche Vorgaben auch dafür sorgen, dass Gebäudebesitzer, Unternehmen und Industrie Fahrpläne fürs Energiesparen erstellen und schrittweise umsetzen. Die Mindeststandards für neue Produkte müssen sich langfristig an effizienten Spitzenprodukten orientieren, statt nur die schlimmsten Stromfresser vom Markt zu verbannen.

Hintergrundinfos, Energiespartipps und
Produkttempfehlungen gibt es auf
www.bund.net/stromsparen.

Mit dem BUND-Energiesparkonto
www.bund.net/energiesparkonto können
Sie Ihren Energieverbrauch und Ihre
Einsparerfolge kinderleicht erfassen.

Klimaschutz vor Ort und weltweit

Dreh- und Angelpunkt internationaler Klimapolitik ist die Reduktion der Treibhausgasemissionen. Nur so können wir sicherstellen, dass der globale Temperaturanstieg zwei Grad nicht übersteigt – und die katastrophalen Folgen ausbleiben.

Das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung hat berechnet, dass wir das schaffen können, wenn wir bis 2050 nicht mehr als 1.000 Milliarden Tonnen CO₂ ausstoßen. Danach dürften wir kaum noch Emissionen freisetzen. Die Mehrheit der Länder dieser Erde muss ihre Emissionen deutlich reduzieren.

Bisher haben sich 37 Industrieländer im Kyoto-Protokoll verbindlich verpflichtet, ihre Emissionen zwischen 1990 und 2012 um durchschnittlich 5,2 Prozent zu reduzieren. Selbst wenn Deutschland und andere Staaten ihre Kyoto-Ziele erreichen, müssen die Industrieländer ihre Emissionen noch viel stärker reduzieren, um das 1.000 Milliarden-Tonnen-Ziel bis 2050 nicht zu überschreiten. 2010 wurden mit 30,6 Milliarden Tonnen die höchsten Emissionen überhaupt gemessen. Von einem Rückgang der globalen Emissionen sind wir also noch sehr weit entfernt.

Ohne Klimagerechtigkeit kein Klimaschutz

Die internationale Klimapolitik ist ins Stocken geraten. Der Grund: Es besteht keine Einigkeit, wie eine gerechte Verteilung der Emissionsreduktionen unter allen Staaten dieser Erde aussehen soll. In der Klimarahmenkonvention haben die Vereinten Nationen festgehalten, dass

1. die Industrieländer ihre Emissionen am stärksten reduzieren müssen, weil sie am meisten zum Klimawandel beigetragen haben;
2. alle Länder eine Verantwortung für den Klimaschutz haben, jedoch, je nach Entwicklungsstand, in unterschiedlichem Maße zum Klimaschutz beitragen sollen.



Der Vorsitzende von Friends of the Earth International, Nnimmo Bassey aus Nigeria, BUND- und Mitglieder von Friends of the Earth bei einer Demonstration für Klimagerechtigkeit in Kopenhagen.

Notwendig ist ein internationales Klimaschutzabkommen für alle Staaten, das für Klimagerechtigkeit sorgt: Die Verursacher des Klimawandels reduzieren in dem Ausmaße ihre Emissionen, in dem sie in der Vergangenheit das Klima belastet haben. Daher müssen Staaten wie Deutschland ambitioniertere Reduktionsziele erreichen als andere Länder, die erst seit weni-

gen Jahren hohe Emissionen haben. Die Industrieländer müssen zudem Geld für die klimaverträgliche Entwicklung und die Anpassung an den Klimawandel in Entwicklungsländern zur Verfügung stellen. Der ungerechten Lastenverteilung der Vergangenheit ist nur durch Verantwortung für die Zukunft gerecht zu werden.

Was können Sie tun?

Jede und jeder Einzelne kann dazu beitragen, dass die Energiewende gelingt und Klimaschutz verwirklicht wird.

Von Atomkonzernen verabschieden

Machen Sie Ihren persönlichen Atomausstieg. Wechseln Sie zu einem Ökostrom-Anbieter. Schon gewechselt? Dann organisieren Sie eine »Stromwechsel-Party« und motivieren Sie noch mehr Menschen umzusteigen. Mehr Informationen unter **www.atomausstieg-selbermachen.de**

Stromfresser stoppen

Von der Energiesparlampe bis zum effizienten Fernseher, von der Hausdämmung bis zur Heizungspumpe – in Ihren vier Wänden steckt viel Potenzial für den Schutz des Klimas und die Schonung Ihres Geldbeutels. **www.bund.net/stromsparen**

Dabei sein

Sie wollen sich politisch einsetzen? Jetzt muss die Energiewende von unten beschleunigt werden. Sie können sich regional und lokal für den Klimaschutz

stärken: Der Kampf gegen neue Kohlekraftwerke wird vor allem vor Ort erkämpft. Der Ausbau der Erneuerbaren in den Kommunen und Regionen braucht engagierte BürgerInnen, die mitreden über das Wo und Wie. Mitmachen kann man zum Beispiel beim BUND vor Ort:

www.bund.net/ueber_uns/bundgruppen

Ins Klima investieren

Keine Zeit, aber Geld? Investieren Sie in lokale Windkraft oder Photovoltaik-Projekte, direkt oder über Genossenschaften vor Ort.

Spaß haben

Bestellen Sie im BUNDladen das Klima-Musical. Eine lernreiche Unterhaltung nicht nur für Kinder: **www.bundladen.de/shop/cds_dvds/musik_hoerspiele**

Informationen besorgen

www.bund.net/service/oekotipps/klima



2010 und 2011 demonstrierten viele Menschen auf vielfältige Weise gegen längere Laufzeiten von Atomkraftwerken – in Berlin und Stuttgart, in München und Dannenberg, im Norden und Süden, im Osten und Westen der Republik. Aktiv werden lohnt: Der Beschluss wurde zurückgenommen, acht Atomkraftwerke gingen vom Netz. Es bleibt noch viel zu tun, um das Klima zu schützen, um die Energiewende zu voranzubringen. Gemeinsam schaffen wir es.

Impressum

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.
 Friends of the Earth Germany
 Am Köllnischen Park 1 · 10179 Berlin
 Fon (030) 27 58 64-0 · Fax -40

E-Mail: info@bund.net · www.bund.net
 Konzept und Text: Irmela Benz, Tina Löffelsend,
 Ann-Kathrin Schneider
 Redaktion: Dr. Norbert Franck (ViSdP),
 Fotos: © BUND, 10/2011